

Wie soll es mit der Presse weitergehen?

Am 13. Februar wird über das Medienpaket zur Unterstützung der Schweizer Medien abgestimmt. Othmar Reichmuth und Petra Gössi legen ihre Pro- und Contra-Standpunkte dar.



Ständerat Othmar Reichmuth (Die Mitte) und FDP-Nationalrätin Petra Gössi sind sich über die Wichtigkeit der Lokalmedien einig. Wie ihre Zukunft gesichert werden kann, wird gegensätzlich beurteilt. Bilder: Andreas Seeholzer/Erhard Gick

Pro: «Für mich ist das Paket der richtige Weg»

Mit Othmar Reichmuth sprach Jürg Auf der Maur

Sie sind für das Medienpaket. Ihre Partei, Die Mitte, hat ganz knapp die Nein-Parole beschlossen. Was bedeutet das für Sie?
Aus meiner Sicht ist es natürlich schade, dass die Partei so entschieden hat. Ich habe mich im Ständerat mit Überzeugung für das Medienpaket eingesetzt. Ich werde deswegen meine Meinung nicht ändern. Für mich ist das Paket der richtige Weg.

Weshalb?

Eine breite, aktive, aber auch lokale Medienlandschaft ist wichtig. Es braucht jedoch Unterstützung, dass wir diese Vielfalt, die wir heute haben, bewahren können. Die Medien leiden darunter, dass jährlich über 1,5 Milliarden Franken Werbegelder an die sozialen Medien, also an ausländische Grosskonzerne, abwandern.

Kritisiert wird, dass die Schweizer Grossverlage vom Paket mehr profitieren als die kleineren Verlage.
Für mich ist wichtig, dass die Medien so unabhängiger bleiben, als wenn sie von einzelnen Eigentümern abhängen. Da ist die Medienfreiheit extrem gefährdet, nicht umgekehrt.

Die Rede ist von Staatsmedien, wenn die Vorlage angenommen wird.
Das sehe ich überhaupt nicht so. Es gilt meiner Meinung nach nicht einmal für die SRG, die überwiegend gebührenfinanziert ist. Den grössten Teil ihrer Kosten müssen die Medien auch in Zukunft selber aufbringen. Mit dem Gesetz wird der bisherige Beitrag für die Printzustellung erhöht und für den Onlineteil ein Sockelbeitrag während der nächsten sieben Jahre zugesprochen. Das verschafft den einzelnen Medien

Zeit, sich an die veränderten Verhältnisse anzupassen.

Mindestens bei der Onlineunterstützung ist die Förderung direkter, nicht indirekt wie beim Print.
Ja, bei online wäre die Unterstützung direkter. Ich will mich aber auch hier nicht verschliessen. Mein persönlicher Medienkonsum ist heute schon weit über 50 Prozent online. Es ist wichtig, dass wir auch in diesem Bereich einen qualitativ guten Journalismus haben. Deshalb bin ich auch hier für eine Förderung.

Nochmals: Die grossen Verlage erhalten damit Geld, welches sie gar nicht nötig haben. Die Geschäftsergebnisse zeigen das.
Für mich ist bei der Onlineförderung die Degression wichtig. Es wäre nicht fair, die Grossen auszuklammern. Auch hier kostet Journalismus. Ich will auch hier Qualität und nicht Kopierjournalismus. Auch eine «NZZ», der

«Eine Investition in eine freie Medienlandschaft.»

«Tagesanzeiger» und Co. müssen überleben. Für mich gilt deshalb auch da: Mir ist eine staatliche Basisfinanzierung lieber als die Abhängigkeit von einem einzelnen grossen Geldgeber.

Wie weit sind die abfliessenden Werbemittel für Sie ein Thema?

Wir müssen das leider zur Kenntnis nehmen. Es ist zum Teil selbstverschuldet, indem die Medienhäuser ihre Informationsangebote online meist lange – oder gar immer noch – gratis zur Verfügung stellten. Andererseits fahren Firmen, Vereine aber auch die öffentliche Hand mit Inseraten massiv zurück. Es braucht deshalb einen Ausgleich, weil sonst das Überleben vieler kleinerer Titel nicht mehr garantiert ist.

Wer soll dann die Berichterstattung in den Regionen noch gewährleisten? Das ist doch auch ein Beitrag zur direkten Demokratie?
Deshalb hat mich die Nein-Parole meiner Partei überrascht. Gerade wir im Kanton Schwyz und Die-Mitte-Partei sollten es schätzen, dass wir noch eigenständige, regionale Medien haben. Dank diesen berichten ortskundige Personen über die Aktivitäten in den Gemeinden, den Bezirken und im Kanton. Diese Berichterstattung ist zentral für unsere Vereine, für die Kultur- und Sportanlässe und schlussendlich für unsere direkte Demokratie. Das funktioniert aber nur, wenn die Medien die notwendigen Ressourcen haben. Für mich ist das zentral. Wir wohnen und leben hier vor Ort.

Ihre Gegner sagen, Sie würden Strukturhaltung betreiben?
Wenn das Strukturhaltung sein soll, dann ist es halt so. Ich stehe zum Medienpaket. Es ist eine Investition in eine freie Medienlandschaft und in die direkte Demokratie. Der Staat unterstützt mit Steuergeldern auch die Bildung, die Kultur, die Landwirtschaft oder die Energiewende. Das ist staatspolitisch wichtig und richtig. Das gilt aber auch und gerade für die direkte Demokratie, und damit diese funktioniert, ist eine vielfältige Medienlandschaft von grösster Bedeutung.

Contra: «Da war für mich das Fuder überladen»

Mit Petra Gössi sprach Jürg Auf der Maur

Sie sind gegen das Medien-gesetz. Weshalb?
Ich bin aus zwei Gründen gegen das Paket: Erstens, weil vor allem die grossen Medienhäuser von den Subventionen profitieren. Zweitens wegen der direkten Subventionierung der Onlinemedien. Eine Verbilligung der Frühzustellung oder eine Förderung der Medienausbildung hätte ich unterstützt. Als aber die Onlinemedien auch ins Paket kamen, war für mich das Fuder überladen, und ich habe mich gegen die Vorlage entschieden.

Warum?

Das Problem ist, dass die Medien Geld direkt vom Staat bekommen. Das geht viel weiter als die indirekte Medienförderung, die ich unterstützte. Medien sind die vierte Gewalt im Staat. Als solche müssen sie unabhängig berichten. Wo aber Subventionen fliessen, bestehen automatisch Abhängigkeiten.

Die Abhängigkeit würde zum Problem?
Ja klar, bei einer direkten Unterstützung der Onlinemedien sehe ich ein Problem. Hingegen sehe ich keinen Konflikt, wenn wie bis anhin die Frühzustellung unterstützt wird. Unabhängigkeit ist ein wertvolles Gut. Wie schnell ein Verlagshaus auf die schiefe Bahn kommen kann, haben die Aussagen von Ringier-CEO Marc Walder gezeigt. Der Vorfall brachte die Journalisten ziemlich in die Bredouille.

Auch kleinere Medien müssen doch aber ihr Onlineangebot aufbauen können? Das können sie nur gut machen, wenn sie mindestens zu Beginn unterstützt werden. Deswegen wurde das System

ja auch stark degressiv aufgebaut. Das heisst, dass auch die kleinen so viel bekommen, dass sie ihr Angebot aufbauen können?
Diese Argumentation kann ich nicht nachvollziehen. Erstens müssen alle Unternehmen mit der Zeit gehen und investieren. Während der Pandemie mussten viele Geschäfte ihre Absatzkanäle auf Onlinehandel um-

«Mir ist die Lokalpresse viel wert.»

stellen, weil viel mehr übers Internet eingekauft wurde. Dafür bekamen die Unternehmen auch keine Subventionen. Zweitens profitieren beim Mediengesetz vor allem die grossen Verlagshäuser, weil fast das ganze Geld bei ihnen landet. Die Grossen haben letztes Jahr aber Gewinne geschrieben. Und das Problem der kleinen Medienhäuser wird damit nicht gelöst.

Der Staat stützt auch andere Infrastrukturausgaben. Medienförderung ist ein Beitrag für die direkte Demokratie, wie das Geld für die Landwirtschaft oder die Sicherheit des Staates.
Das stimmt. Beim Massnahmenpaket geht es aber um neue Subventionen. Die bisherige indirekte Medienförderung wird bei einem Nein nicht gestrichen. Es bleibt einfach alles beim Alten. Auch wenn man sagt, die Unterstützung werde in vier Jah-

ren geprüft und gelte nur für sieben Jahre: Ich sehe nicht ein, weshalb bei den Medien ein anderer Massstab gelten soll als sonst in der Wirtschaft.

1,5 bis 2 Milliarden Werbefranken gehen heute an die sozialen Medien und damit an die Grosskonzerne in Übersee. Das entzieht den Regionalmedien den Boden. Diese Konzerne leisten weder für die Region noch die direkte Demokratie hierzulande etwas.
Die Zahlen zeigen eindrücklich, wie sich die Mediengewohnheiten der Menschen ändern. Die direkte Subventionierung von Onlinemedien löst dieses Problem aber nicht. Es kam in den letzten Jahren trotz finanzieller Förderung zum Sterben der Medienvielfalt. Ich habe noch keinen schlüssigen Beweis gesehen, dass mit dem Massnahmenpaket die Entwicklung anders werden könnte.

Wer sichert dann die lokale Berichterstattung, wenn die Lokalpresse nicht mehr existiert?
Mir ist die Lokalpresse viel wert. Ich bezahle aber lieber für das Abo mehr, als dass Steuergeld eingesetzt wird.

Sie können sich das leisten. Die Mehrheit wohl nicht.
Mir sind gute und verlässliche Informationen etwas wert, deshalb bin ich auch bereit, dafür etwas zu bezahlen. Ein Unternehmen kann für seine Produkte aber nur das verlangen, was der Markt hergibt. Es wurden Fehler gemacht, als Zeitungsinhalte gratis zur Verfügung gestellt wurden. Daran haben sich viele gewöhnt. Es braucht ein Umdenken, und man muss Wege finden, wie man das schafft. Aber das Medienpaket ist der falsche Weg.